

# Was die Lebenshaltungskosten ungleich macht

Tanja Cserer, Volker Kraut und Sorin Andreas Reimer

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und einer stetig steigenden Zahl von Arbeitslosengeld-II-Empfängern erhält die Definition dessen, was zum Lebensunterhalt notwendig ist und welche Ausgaben dafür veranschlagt werden, eine ständig neue aktuelle Bedeutung.

Unter Lebenshaltungskosten werden gemeinhin die Ausgaben für die Gesamtheit aller Güter und Leistungen verstanden, die für die private Lebensführung in Anspruch genommen werden. Sie können sowohl über die Preise wie auch über die Ausgaben privater Haushalte erfasst werden. Die Ausgaben der Haushalte werden seit 1962 alle 5 Jahre mittels der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes erhoben. Aus ihr ist z.B. zu entnehmen, dass die deutschen Haushalte 2003 durchschnittlich

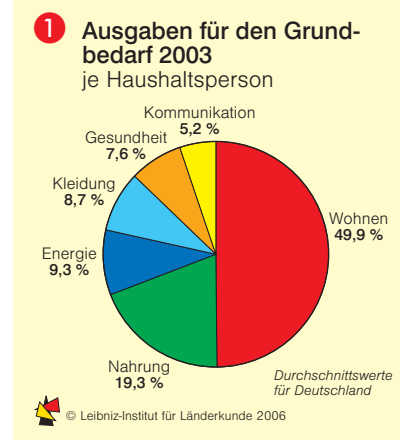
rund 900 Euro monatlich für das Wohnen (inkl. Energiekosten) ausgaben, das waren 32,5% ihres Nettoeinkommens (StBA 2004b, S. 23). Diese Daten können für die Länder regionalisiert werden.

Geht es um Veränderungen der Preise, wird üblicherweise auf den Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen (StBA 2005, S. 26), der monatlich anhand von ca. 350.000 Einzelpreisen für etwa 750 Waren und Dienstleistungen (den sog. Standard-Warenkorb) in 188 Berichtsgemeinden neu erhoben wird. Dieser Index gibt Auskunft über die Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. einem – alle 5 Jahre neu festgelegten – Basiswert, er ist jedoch nicht räumlich differenzierbar. Anhand eines Preisvergleichs ausgewählter Produkte und Dienstleistungen lassen sich hingegen Rückschlüsse auf die Unterschiede lokaler Preisniveaus ziehen.

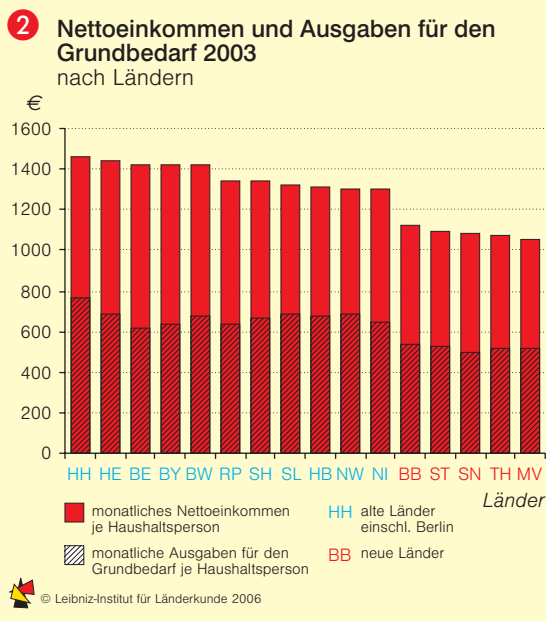
trachten, denn mit zunehmender Bevölkerungszahl nehmen Angebotsbreite und -struktur der Dienstleistung zu, was zu höheren Preisen in großstädtischen Agglomerationen führt **7**.

## Ausgaben für Konsumgüter

Die Konsumgüter werden in Güter des Grund- und des Wahlbedarfs eingeteilt, wobei zu ersteren neben dem Wohnen und der Energie die Bereiche Nahrung, Kleidung, Gesundheit und Kommunikation zählen **1**. Da der Wahlbedarf in hohem Maße von individuellen Präferenzen abhängt, sind Aussagen über regionale Unterschiede in diesem Bereich schwierig zu bestimmen. Die regionalen Schwankungen der Ausgaben für den Grundbedarf sind dagegen – trotz erheblicher regionaler Kaufkraftunterschiede (► Beitrag Löffler, Bd. 8, S. 122) – deutlich geringer **5**. Da der



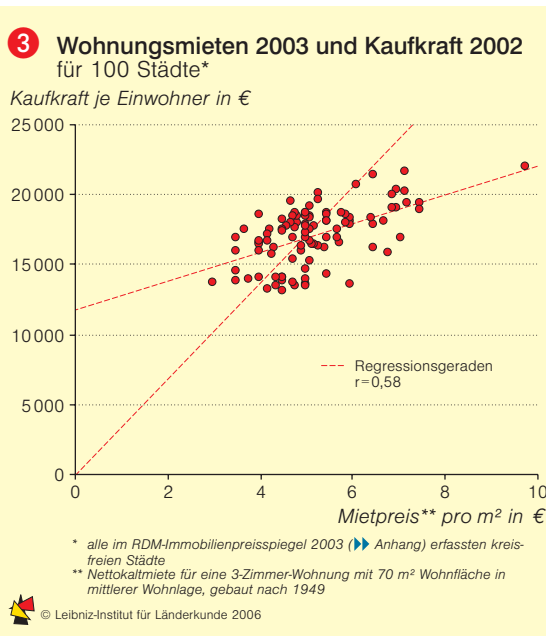
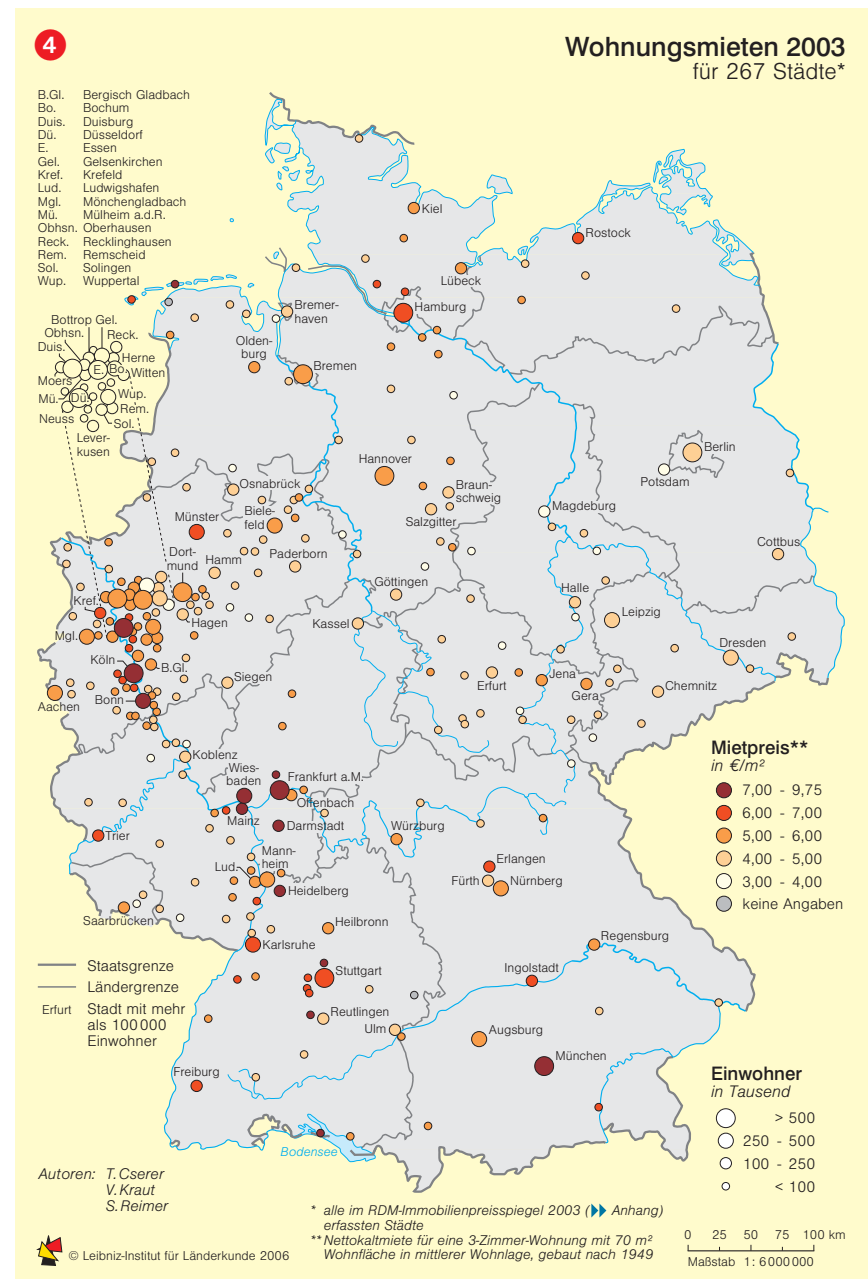
Verbraucherpreisindex die Preise für die Güter nicht regional differenziert, werden hier die Ausgaben miteinander verglichen. Rund 14% des Nettoeinkommens bzw. 388 Euro gibt ein durch-

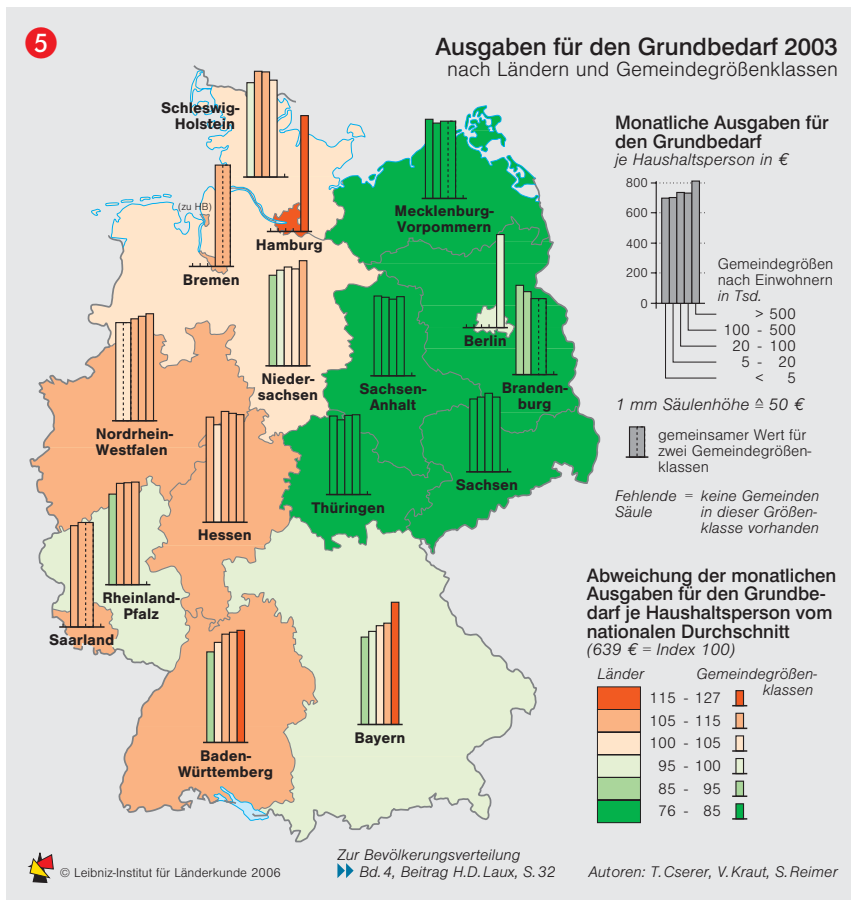


## Indikatoren lokaler Preisniveaus

Die regionale Differenzierung der Lebenshaltungskosten wird vorwiegend durch Unterschiede der Wohnungs- und Mietpreise verursacht, da die Mietpreise bzw. die Aufwendungen für die eigene Wohnung überall den mit Abstand größten Anteil der Haushaltsausgaben ausmachen. Mietpreise unterliegen hauptsächlich dem Angebot- und Nachfrageprinzip und sind stark von der Kaufkraft der Einwohner einer Region abhängig **3**. Aufgrund der Sondersituation von hohen Leerständen in vielen ostdeutschen Gemeinden unterscheiden sich die Extremwerte der Mietpreise innerhalb von Deutschland um mehr als das Dreifache **4**, was bei einer 70m<sup>2</sup>-Wohnung eine monatliche Differenz von rund 470 Euro zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Mietpreis entspricht!

In zunehmendem Maße spielen auch die Energiepreise in den Haushaltsausgaben eine wichtige Rolle. Der Strommarkt ist trotz Liberalisierung kein freier Markt und wird nach wie vor stark durch Preisvorgaben geprägt. Der Strompreis setzt sich zum Großteil aus Steuern, kommunalen Abgaben und Netznutzungsentgelten zusammen und ist daher unabhängig von klassischen Marktfaktoren. Die regionalen Unterschiede sind deshalb gering **6**. Ähnliches gilt für die Benzinpreise, obwohl dort – je nach Lage und Konkurrenzsituation – ein deutlicher Marktfaktor auszumachen ist (► Beitrag Lambrecht, Bd. 9, S. 66). Die Preise des öffentlichen Personennahverkehrs weisen dagegen starke regionale Unterschiede auf, sind allerdings auch differenziert zu be-





schnittlicher Haushalt monatlich für Lebensmittel aus (StBA 2004b, S. 24). Bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln bestehen jedoch nur minimale räumliche Unterschiede, vor allem, da die Supermarktketten ihre Preise bundesweit weitgehend einheitlich gestalten. Insgesamt zeigen sich bei den Ausgaben für den Grundbedarf ein durchgängiges West-Ost-Gefälle, ein im Vergleich schwächer ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle und eine verstärkte Stadt-Land-Disparität im alten Bundesgebiet. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind stärker ausgeprägt als die zwischen den Gemeinden unterschiedlicher Größenklassen innerhalb der Länder **5**.

Das Nettoeinkommen der ostdeutschen Haushalte lag im ersten Halbjahr des Jahres 2003 bei 77% des Westniveaus (zum Vergleich 1998: 75%)

(StBA 2004b, S. 9). Da mit abnehmendem Einkommen der Anteil der Ausgaben für den Grundbedarf steigt, geben beispielsweise die Bewohner Mecklenburg-Vorpommerns prozentual mehr für die Versorgung mit Lebensmitteln aus als die Bayern. Die niedrigeren Lebenshaltungskosten können somit das niedrigere Lohnniveau nicht ausgleichen. Obwohl in den südlichen Bundesländern die Preise, die Ausgaben und somit die Lebenshaltungskosten am höchsten sind, bleibt hier wegen des überproportional hohen Einkommens nach der Deckung des Grundbedarfs am Ende mehr übrig **2**.

